

Der „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unser Preisbuch bezieht sich auf Deutschland und Österreich 14,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. jährlich. Auslandskontingente, per Brief für Deutschland und Österreich 10,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Annoncenzeile oder deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleines Anzeigen: Das fertige Drucke Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 3,00 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das fertige Drucke Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Jentram 2030, 2645, 4510 4502, 4635, 4646, 4922.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Der Druck auf Danzig

### Die bedrohte Neutralität

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

Danzig, 26. August.

In der heutigen Sitzung des Staatsrates, welcher die augenblickliche Regierung des zukünftigen Staates Danzig darstellt, erschien der Verwalter des Völkerbundes für Danzig, Oberkommissar Tower, um in scharfer Form gegen die Bevölkerung Danzigs Stellung zu nehmen.

Die Ereignisse der letzten Wochen in Danzig, so führte der Oberkommissar aus, verstößen gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages. Die Stadt Danzig sei noch kein Freistaat und habe deshalb kein Recht, über Neutralität zu sprechen, wie das von der versammlunggebenden Versammlung in dem Beschlusse der Neutralitätserklärung gesehen sei. Ob Danzig Freistaat werden würde, sei noch sehr fraglich. Der Friedensvertrag gebe den Polen besondere Rechte betreffs des freien Verkehrs des Hafens usw. Die Weigerung der Hafenarbeiter sowie die Behinderung der Beförderung von Munition, Passagieren und polnischen Rückwanderern nach Polen, widerspreche ebenfalls den Bestimmungen des Friedensvertrages. Die Massendemonstration am 29. Juli zeige auch, daß Danzig nicht imstande sei, Ruhe und Ordnung zu halten. Wenn die Bevölkerung nicht einlenke, müßten mehr ausländische Schiffe und Truppen nach Danzig kommen. Die Stadt Danzig müßte dann nicht nur die hohen Kosten für die Besatzung, sondern auch die Requisitionen für Gebäude usw. tragen. Er hoffe, daß die Hafenarbeiter ihren Fehler einsehen und die Arbeit wieder aufnehmen werden.

Im Namen des Staatsrates antwortete der Vorsitzende desselben, Oberbürgermeister Sahn, welcher in der Neutralitätserklärung der versammlunggebenden Versammlung keine Ueberfreitung der Kompetenz erblickte. Sie bringe lediglich den Willen der überwiegenden Mehrheit der Danziger Bevölkerung zum Ausdruck, vom Kriege verschont zu bleiben. In dem Verhalten der Hafenarbeiter erblickte der Staatsrat ebenfalls keine Verletzung der Neutralität. Nirgends in der Welt könne man einen Arbeiter zwingen, eine Arbeit zu verrichten, deren Ausführung er ablehne. Gewalttakte seien in Ausführung eines Beschlusses von Arbeiterorganisationen nicht begangen worden. Betreffs der Frage der Transportverhinderung, soweit es sich um Kriegsmaterial, waffenfähige Männer, Lokomotiven usw. handele, liege eine Erklärung über die von der Bevölkerung Danzigs gewünschte Neutralität nicht vor. Aus allen diesen Gründen könne der Staatsrat der Ansicht des Oberkommissars Tower, daß die Maßnahmen der Danziger Bevölkerung den Bestimmungen des Friedensvertrages widersprechen, nicht zustimmen.

## Der Krieg im Osten

### Vor einem polnischen Waffenstillstandsvorschlage?

5N. Paris, 26. August.

Der „Matin“ meldet aus Warschau:

Die russische Delegation in Wlask erwartet noch immer neue Informationen und hat in der letzten Zusammenkunft die alten Bedingungen angeboten, welche aufgestellt wurden, als die Bolschewiki sich noch der Einnahme Warschaws sicher fühlten. Die polnische Regierung werde nun, wie weiter berichtet wird, die Initiative ergreifen und bei den Verhandlungen einen Waffenstillstandsvorschlag machen, der mehr mit der wirklichen Lage übereinstimme.

Von anderer Seite wird demgegenüber die Nachricht verbreitet, daß die Verhandlungen in Wlask bereits abgebrochen seien. Die polnische Delegation habe die russischen Friedensbedingungen als unannehmbar abgelehnt und jede weitere Verhandlung aufgegeben. Die Delegation sei nach Warschau zurückgekehrt.

### Die russischen Delegierten noch nicht abgereist

London, 25. August.

Reuter erfährt: Ramenew und Krassin haben bisher nicht um Zustimmung der Pässe ersucht, doch wird ein derartiger Entschluß der russischen Vertreter nicht für unwahrscheinlich gehalten.

Die Zeitungen heben aus der Rote Tschitscherins an Ramenew einige Punkte hervor, wie die Worte Tschitscherins, daß die Forderung Polens, die russischen Truppen sollten sämtliche Stellungen räumen, den Abbruch der Friedensverhandlungen bedeuten würde. Polen lehne außerdem die vom Obersten Räte festgesetzte Grenze rundweg ab und wolle auch das von der Sowjetregierung verlangte Selbstbestimmungsrecht für Litauen, die Ukraine und Galizien nicht anerkennen.

Königsberg, 25. August.

Sagebericht. Der polnische Vormarsch ist anscheinend in der Gegend Profiken-Ostrowitz-Bialystok zum Stillstand gekommen. Abdrängte bolschewistische Abteilungen lagen bis 8 Uhr vormittags nordwestlich Kolno noch im Kampf mit den Polen. An der Frontlinie ist die Lage unverändert. Die von Danzig her infolge der Erfolge der Polen, die weiter südlich zur Befreiung der Dnjestrins führten. Bolschewistische Retzer erreichte im Rücken der Polen westlich Danzig den Ort Strzy, wo sie den Eisenbahnverkehr hielten.

### Die militärische Lage

Moskau, 25. August.

Russischer Heeresbericht: In den Abschnitten West-Sitowöl und Wodawa sind blutige Kämpfe mit wechselndem Erfolge im Gange.

Abschnitt Lemberg: Sibirisch der Stadt wird unsere Aktion erfolgreich fortgesetzt. Der Feind leistet Widerstand und geht zum Gegenangriff über.

Im Abschnitt Galizien haben unsere Truppen den Fluß Gnilaja Sipra erreicht und kämpfen um den Uebergang.

In der Krim und im Abschnitt Cherson auf dem rechten Ufer des Dnjestr werden die für uns erfolgreichen Kämpfe fortgesetzt.

Kopenhagen, 26. August

In einem Telegramm aus Warschau heißt es: In den letzten Tagen haben sich in dem sumpftreichen Karetz-Tal bei Ostrolenka und Bomscha schwere Kämpfe entwickelt, wo die Bolschewisten sich um jeden Preis einen Weg nach Bialystok bahnen wollten. Es gab ziemlich schwere Verluste auf beiden Seiten. Augenscheinlich versucht der Feind sich in der Gegend von Ostrowitz zu halten und gleichzeitig den Polen den Weg nach Litauen zu versperren.

## Betriebsräte, Arbeiter und Angestellte!

Die von den Gewerkschaftsvorständen eingesetzte Betriebsrätezentrale hat einen Kongreß der freigewerkschaftlich organisierten Betriebsratsmitglieder einberufen. Der Kongreß soll am 3. und 4. Oktober in Berlin stattfinden.

Die Wahl erfolgt nicht in den Volkerversammlungen oder in den Versammlungen der Industriegruppen. Diese scheinbar übernommene Gruppeneinteilung der Betriebsräte ist von den Gewerkschaftsinstanzen schon bei der ersten praktischen Anwendung wieder fallen gelassen worden.

Man wird vielmehr in den einzelnen Gewerkschaften, ohne eine engere Fühlung unter den Betriebsräten einzutreten zu lassen, die Wahl durchzuführen.

Gegenüber diesen Maßnahmen der Instanzen rufen wir die Arbeiter und Angestellten, die Mitglieder der freien Gewerkschaften zu erhöhter Wachsamkeit auf. Sie müssen von ihren Betriebsräten Auskunft fordern über die Wahlvorbereitungen, müssen sich unabdingten Einfluß auf die Ausfertigung der Kandidatenlisten sichern, sie müssen die Kandidaten auf klare Forderungen und Parolen verpflichten und mit Nachdruck auf den Ausgang der Wahl einwirken.

Die Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie dürfen nicht versäumen, bei dieser Wahlbewegung in den Gewerkschaften für unsere Parteianschauungen eifrig werbend und aufklärend tätig zu sein. Sie müssen in jeder Situation unsere klaren Grundzüge des proletarischen Befreiungskampfes den verwahrlosten Ideen der Rechtssozialisten und Arbeitsgemeinschaftler entgegenstellen. Sowohl für die Wahlbewegung, als auch für die Verhandlungen des Kongresses haben unsere Genossen ganz konkrete Bedingungen aufzurichten, um die ein energischer Kampf zu führen ist.

Die als Anhänger der U. S. P. D. zum Kongreß der Betriebsräte gewählten Delegierten stehen gemäß dem Aktionsprogramm der Partei auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes. Sie müssen sich verpflichten einzutreten:

1. für die revolutionären Betriebsräte als ein Organ des proletarischen Klassenkampfes mit dem Ziel der Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Produktionsweise;
2. gegen jede Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften mit Unternehmerverbänden;
3. für die uneingeschränkte Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte;
4. für die Selbständigkeit der Betriebsräte-Organisationen unter Verhinderung mit den Gewerkschaften über ein einheitliches Zusammenwirken;
5. für die Umgestaltung der Gewerkschaften zu revolutionären Industrieverbänden.

Diese sowohl in der Kätebewegung, als auch in der gewerkschaftlichen Opposition bisher vertretene Parolen werden in den kommenden Wochen wieder von nachhaltig ausstrahlender Wirkung sein, wenn unsere Genossen eifrige Diskussionen über die Wahl zum Betriebsrätekongreß herbeiführen und in diesen Anocinnderlegungen dann getragen vom Geiste des revolutionären Sozialismus, geschlossen auftreten und handeln.

Auf aus Werk! Erobert euch den entscheidenden Einfluß auch in den Kreisen der gewerkschaftlichen Betriebsräte. Wählt nur Delegierte, die sich auf den Boden unserer Forderungen stellen.

Zentralkomitee und Sekret der Unabhängigen Sozialdemokratie.

## Die USPD. und die Kommunistische Internationale

Von Artur Crispian

L.

Durch meine Reise nach Moskau bin ich in der Uebersetzung nur bestätigt worden, daß Deutschland und Sowjetrußland unbedingt zu freundschaftlichen Beziehungen und zu innigen wirtschaftlichen Verbindungen kommen müssen. Das erfordert das Lebensinteresse Deutschlands sowohl als Sowjetrußlands. Ich behalte mir vor, auf diese Frage noch ganz besonders einzugehen.

Auch darüber besteht für mich nach wie vor kein Zweifel, daß es eine der vornehmsten und dringendsten Pflichten der deutschen Arbeiterklasse ist, Sowjetrußland in seinem bewunderungswürdigen und heldenmütigen Kampfe gegen die internationale Konterrevolution mit allen zu Gebote stehenden Mitteln Beistand zu leisten. Auf diesem Gebiet könnte unendlich mehr geschehen, wenn sich die deutsche Arbeiterklasse nicht durch eine verhängnisvolle Zersplitterung um einen nur zu großen Teil ihrer Macht bräute. Hier müssen wir zunächst mit aller unserer Kraft und Energie einsehen, um das deutsche Klassenbewußte Proletariat zu einer festen geschlossenen Front gegen den deutschen Kapitalismus und für internationale Massenaktionen zur Fortführung der proletarischen Weltrevolution zusammenzubringen. Auch auf diese Frage werde ich im Laufe der Parteidiskussion, die jetzt im Gange ist, noch eingehen. Heute liegt es mir daran, zunächst einmal meine Meinung über die Stellung unserer Partei zur Kommunistischen Internationale zu sagen.

Wie ist die Lage nach dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale und nach unseren Verhandlungen mit den Kommunisten in Moskau? Die Lage ist nicht so, daß jetzt unsere Partei nur den Anschluß an die Kommunistische Internationale zu beschließen braucht, um sofort Aufnahme zu finden. Ganz im Gegenteil. Der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale hat nicht den geringsten Zweifel darüber gelassen, daß jetzt ein Antrag unserer Partei auf Anschluß glatt abgelehnt werden würde. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale bekam lediglich den Auftrag vom Kongreß, weitere Verhandlungen mit uns zu führen, um zu prüfen, ob unsere Partei schon reif und würdig genug für den Anschluß sei. Und das Exekutivkomitee erklärte in der letzten und entscheidenden Sitzung mit uns durchaus eindeutig, daß unsere Partei nicht den Anforderungen genüge, die für ihre Aufnahme in die Kommunistische Internationale als Vorbedingungen in Betracht kämen. Wir müßten erst die von der Kommunistischen Internationale auch an unsere Partei gerichteten Forderungen erfüllen. Dann könnten wir einen Antrag auf Aufnahme unserer Partei in die Kommunistische Internationale einreichen, worauf erneut geprüft würde, ob wir nunmehr reif und würdig genug seien der Kommunistischen Internationale anzugehören. Die Forderungen der Kommunisten sind jedoch derart, daß sie nur zu erfüllen sind, wenn unsere Partei Selbstmord verübt.

Es ist nicht nur interessant, es ist auch lehrreich, festzustellen, wie diese Forderungen zustande kamen und wie sie obendrein plötzlich in zwölfter Stunde zu unser aller Ueberschätzung bis aufs Neueste verschärft wurden.

Zunächst hatte es den Anschein, als würden die Verhandlungen mit uns einen für unsern Anschluß an die Kommunistische Internationale günstigen Verlauf nehmen. Die erste Sitzung, die wir mit dem Exekutivkomitee hatten, endete damit, daß wir erneut zur Teilnahme am Kongreß geladen wurden und daß man uns sogar das Recht der beratenden Stimme zusprach. Wir haben dann auch den Kongreßverhandlungen beigewohnt und hatten so eine vorzügliche Gelegenheit, einen tiefen Einblick in das Wesen der Kommunistischen Internationale zu gewinnen. Wir hielten es für geboten, uns nur an der Debatte über die Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale zu beteiligen, um nicht neuen Konfliktstoff zu schaffen, durch den unsere Verhandlungen nur komplizierter geworden wären. Wir beteiligten uns auch an den Beratungen der Kommission über die Bedingungen zur Aufnahme. Dabei fanden wir Entgegenkommen und Beachtung mancher unserer Wünsche. Bei der Aussprache über einen Antrag des Genossen Lenin, der verlangte, daß Parteien, wie die U. S. P. D. vor ihrem Eintritt in die Kommunistische Internationale dafür sorgen müssen, daß mindestens zwei Drittel der Mitglieder ihres Zentralkomitees und aller wichtigsten Zentralinstitutionen aus Genossen bestehen, die sich noch vor dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale unzweideutig für den Eintritt in die Kommunistische Internationale öffentlich ausgesprochen haben, wiesen wir einmütig und entschieden als unmöglich für unsere Partei zurück. Das ließ nicht ohne Eindruck auf die Mitglieder der Kommission. Wenn auch in der Kommission Lenins Antrag mit 5 gegen 3 Stimmen, bei 2 Enthaltungen angenommen wurde, so teilte der Vorsitzende des Exekutiv-







# Die Frage nach dem Weg

Von Eugen Prager

II.

Ausgehend von diesen Tatsachen, untersucht Otto Bauer nunmehr die Frage, ob die Methoden des Bolschewismus auch für die Taktik der sozialistischen Parteien in Westeuropa richtunggebend sein können. Russland, so führt er aus, ist jetzt in der Situation der Großen französischen Revolution. Die Diktatur einer kleinen Minderheit über das Volksganze sei dort ebenso geschichtliche Notwendigkeit, wie sie es in Frankreich in der Revolutionszeit war. Die west- und mitteleuropäischen Länder dagegen, in denen der Feudalismus schon in früheren Revolutionen zerstört worden ist, seien in der Lage der französischen Revolution von 1848. Hier könne das Proletariat seine Herrschaft nur dann aufrichten, wenn es alle in dazu stark genug sei, wenn es also schon selbst die Masse der Nation bilde. Die Diktatur des Proletariats in Russland sei nicht die Ueberwindung der Demokratie, sondern eine Phase der Entwicklung zur Demokratie. Wieweit die russische Gesellschaftsverfassung in Zukunft sozialistisch wird, wieweit sie kapitalistische Züge tragen wird, werde vor allem davon abhängen, ob und inwieweit indessen in der übrigen Welt der Kapitalismus überwunden, die sozialistische Güterproduktion und Güterverteilung aufgebaut werde. Soweit die künftige Wirtschaft Russlands sozialistisch sein werde, werde sie nicht im Rahmen eines bespotischen Sozialismus verharren, sondern sich zu einem demokratischen Sozialismus weiterentwickeln, der jeden Zweig des Wirtschaftslebens der Selbstverwaltung aller an ihm beteiligten, von seinem Gedeihen abhängigen Persönlichkeiten übergibt. Im industriellen Westen, auf ungleich höherem Kulturniveau der Massen, werde die Herrschaft des Proletariats in der demokratischen Selbstverwaltung aller Zweige der Güterproduktion und Güterverteilung ihre Verwirklichung finden.

In West- und Mitteleuropa, sagt Bauer weiter, hat sich die Kapitalistenklasse aus dem Schoße des heimischen Bürgertums entwickelt. Der russische Kapitalismus dagegen ist kein heimisches Gewächs. Er ist vom west- und mitteleuropäischen Finanzkapital nach Russland verpflanzt worden. Der Mehrwert, den die russischen Arbeiter produzieren, wurde nicht in Petersburg und Moskau, sondern in Paris und London, in Brüssel und Berlin verzehrt. In West- und Mitteleuropa steht dem Proletariat eine kleine Mittelbourgeoisie gegenüber, die sich mit dem Großkapital viel stärker solidarisch fühlt als in Russland. Hier hätte die soziale Revolution, in russischen Formen vollzogen, ganz andere Wirkungen als dort. Bauer sagt darüber:

Die plötzliche, gewaltsame, ohne Entschädigung vollzogene Expropriation des Kapitals, die einfache Annullierung aller Wechsellöhne, der Aktien und der Staatsschuldverschreibungen, der Hypotheken und der Pfandbriefe trifft in Russland in der Hauptsache nur das große Kapital, und zwar vornehmlich das ausländische Großkapital. In West- und Mitteleuropa würde die breite Masse des Kleinbürgertums, der Intelligenz, der Angestellten und Beamten, der Bauernschaft, die ihre Ersparnisse, ihren Notspennig, hier schon in den von dem modernen Finanzkapital entwickelten Formen, in Aktien, Staatsschuldverschreibungen, Pfandbriefen, Anlagen, expropriieren und damit unerschütterlich sichere soziale Ersparnisse herbeiführen als in Russland. Wenn in Russland das Kapital expropriert wird, so werden unmittelbar Aktionäre der russischen Industrie- und Handelsunternehmen, die in Paris, in Brüssel, in London sitzen, und es werden dadurch mittelbar die französischen, belgischen, englischen Luxusindustrien, die für den Bedarf dieser Kapitalisten arbeiten, getroffen; wenn in West- und Mitteleuropa die Kapitalisten enteignet werden, so verlieren mit einem Schlage die heimischen Luxusindustrien die Grundlage ihrer Existenz, es werden mit einem Schlage hunderte tausende Kleinverdienende, Arbeiter, Angestellte, Intellektuelle aller Art ihres Verdienstes beraubt, und die Ueberführung dieser Massen zu anderen Berufen ist ein sehr langwieriger und schmerzhafter Prozess, deren Verlust also eine ungleich schwerere wirtschaftliche Krise einleitet.

Der Kapitalismus in West- und Mitteleuropa hat nicht nur das feudale Bürgertum viel härter an seine Interessen binden können, als in Russland, er hat zugleich auf dem Lande seine festeste Stütze gefunden in einer zahlreichen, wirtschaftlich starken, vom kapitalistischen Geiste erfüllten Bauernschaft. Die Bauerpolitik hat hier eine anti-proletarische Entwicklung durchgemacht. Der Krieg hat diese Entwicklung noch beschleunigt. Zugleich aber haben Krieg und Revolution die landwirtschaftlichen Arbeiter geweckt. Große Massen von ihnen finden zum erstenmal den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation und führen erfolgreiche Lohnkämpfe durch. Dadurch wird der Gegensatz zwischen der Bauernschaft und dem Proletariat überaus verschärft. Das Erwachen der landwirtschaftlichen Arbeiter ist vorläufig das wichtigste Ergebnis der mitteleuropäischen Revolution von 1918.

In Mittel- und Westeuropa kann die proletarische Revolution den landwirtschaftlichen Großbesitz nur sozialisieren; seine Aufteilung auf Kleinbauern und Landarbeiter kann sie nicht zulassen, wenn sie nicht die Landwirtschaft auf ein niedrigeres technisches Niveau zurückwerfen und damit nicht bloß für den Augenblick die Lebensmittelversorgung der Städte gefährden, sondern auf die Dauer die Lebenshaltung der Volksmassen herabdrücken will. Eine der wichtigsten und schwierigsten Aufgaben der proletarischen Revolution in West- und Mitteleuropa wird sein, dafür zu sorgen, daß die Revolution der Grundeigentumsverhältnisse durch die Staatsgewalt planmäßig und gemäß dem gesellschaftlichen Gesamtinteresse durchgeführt wird. Bauer führt weiter aus:

Ueberhaupt könnte es der komplizierte Mechanismus des modernen Industriestaates nicht ertragen, daß die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse in gleicher Weise der elementaren, instinktiven, planlosen Massenaktion überlassen wird, wie dies in Russland im ersten halben Jahre nach der Oktoberrevolution geschehen ist. In Russland besteht die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung noch aus Bauern; ihre Lebensmittelversorgung ist in keinem Falle gefährdet. Die Bevölkerung der Städte aber, die nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Gesamtbevölkerung bildet, kann zur Not immer durch Requisitionen in den reichsten Agrargebieten mit dem Notwendigen versorgt werden. West- und Mitteleuropa, wo ein ungleich größerer Teil der Bevölkerung in Großstädten und dichtbesiedelten Industriegebieten zusammengedrängt wohnt, bedarf eines ungleich komplizierteren Transports, Verteilungs- und Austauschmechanismus, um seine Städte und Industriegebiete vor dem Hunger zu schützen. Jede Störung des gesellschaftlichen Stoffwechsels kann hier zur Hungertatrophe führen in der die Revolution selbst untergehen müßte. Die russische Revolution hat zunächst die gesamte Maschinerie des Staates und der Volkswirtschaft anarchisch, zerstückelnd, elementare Genialität preisgegeben; erst nachdem durch sie die ganze bürokratische Staatsmaschine und die ganze kapitalistische Organisation der Volkswirtschaft aufgelöst waren, ist sie dazu übergegangen, allmählich aus dem Chaos eine neue Ordnung zu gestalten. Gewiß ist dieses Verfahren das radikalste Mittel, den ganzen alten Herrschaftsapparat vollständig zu zerstören und die Elemente für einen Neuaufbau vom Grunde aus freizulegen. Aber eine so gewaltsame, so langwierige,

die Kontinuität der staatlichen und wirtschaftlichen Verwaltung so völlig zerstörende Operation erträgt der robuste Körper eines Agrarlandes; der empfindlichere Organismus eines Industriestaates würde an ihr zugrunde gehen. In West- und Mitteleuropa wird die proletarische Revolution darauf bedacht sein müssen, daß der gesellschaftliche Stoffwechsel nicht unterbrochen wird. Sie wird daher keine kapitalistische Organisation zerstören dürfen, ehe nicht die sozialistische Organisation bereit steht, die sie ablösen und ihre Funktionen weiterversehen soll.

Bauer weist weiter darauf hin, daß die proletarische Revolution in West- und Mitteleuropa auch die internationalen Wirtschaftsbeziehungen nicht wird unterbrechen dürfen. Selbst innerhalb einer sozialistischen Organisation der Weltwirtschaft würden uns die amerikanischen Arbeiter ihre Arbeitsprodukte nicht ohne Gegenleistung überlassen, denn das würde ja bedeuten, daß die amerikanischen Arbeiter von uns ausgebeutet würden. Wenn wir also keinen Tausch mit den Produkten unserer gegenwärtigen Arbeit ausführen könnten, so müßten wir Produkte unserer vergangenen Arbeit oder Anweisungen auf einen Teil unserer künftigen Arbeitserträge als Zahlung hingeben. Solange die über die Lebensmittel und Rohstoffe verfügenden Länder kapitalistisch sind, muß die proletarische Revolution in Mittel- und Westeuropa erst recht diesen Tausch in den dem Kapitalismus eigentümlichen Formen vollziehen. Sie muß jede Unterbrechung des gesellschaftlichen Stoffwechsels zu vermeiden suchen, sie wird zunächst nur diejenigen Zweige der Produktion und des Handels nationalisieren können, in denen der Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Organisation ohne Unterbrechung der Produktion und des Verkehrs erfolgen kann. Bauer sagt zusammenfassend darüber:

So muß die Wirtschaftspolitik der proletarischen Revolution in West- und Mitteleuropa eine ganz andere sein als in Russland. Wo das Proletariat einer wirtschaftlich und politisch unerschütterlich stärkeren, unerschütterlich stärkeren der kapitalistischen Mehrheitsmacht gegenübersteht; wo breite Schichten des werktätigen Volkes, deren Arbeit für die Gesellschaft unentbehrlich ist, an kapitalistischen Ausbeutungsformen unmittelbar und mittelbar interessiert sind; wo infolge der Verfeinerung und Differenzierung des volkswirtschaftlichen Mechanismus jede Unterbrechung des gesellschaftlichen Stoffwechsels zur Hungertatrophe führen kann, die unmittelbar die Kontinuität herbeiführen müßte; wo ohne Auslandskredit und Kapitalimport Volksernährung und Rohstoffbeschaffung nicht gesichert werden können, dort kann die Wirtschaftspolitik der russischen Sowjetrepublik nicht nachgeahmt werden. In West- und Mitteleuropa kann man die gesellschaftliche Organisation nicht wie in Russland zuerst ein halbes Jahr lang der zerstörenden Gewalt inkontinenter Massenbewegungen überlassen, um dann nachher durch eine von einer kleinen Minderheit beherrschte Staatsgewalt den Volksmassen eine vom Grund neue Ordnung bespotisch aufzuzwingen. Wir würden hier in der Phase der Zerstörung verharren. Wir würden hier in der Phase der bespotischen Neuordnung an dem Widerstand breiter Volksmassen, die im Rahmen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung unentbehrliche Funktionen ausüben, scheitern. Die Ueberführung der Volkswirtschaft aus den kapitalistischen in die sozialistischen Formen kann hier nicht zuerst alles, was besteht, zerstören, um nachher die Trümmer zu neuem Bau zusammenzufügen, sie darf hier die Kontinuität der staatlichen und volkswirtschaftlichen Verwaltung nicht unterbrechen, sie muß sich hier in allmählicher, planmäßiger, systematischer Umgestaltung der kapitalistischen Organisationsformen vollziehen.

Gegen diese Erkenntnis, so sagt Bauer weiter, wehre sich die Ungezügeltere breiter Arbeiterschichten. Sie sehen, daß das klassenbewusste Proletariat eine Minderheit in der Wählerschaft, seine Vertretung eine Minderheit in den demokratischen Parlamenten ist. Sie verzweifeln daher daran, mit den Mitteln der Demokratie die Macht zu erobern. Sie glauben, das Proletariat könne sich durch Verwaltungen der bestehenden Klassen, durch die Aufrichtung einer Minderheitsdiktatur der Staatsgewalt bemächtigen. Aber diese Ansicht verkenne völlig, daß die Umwälzung der Gesellschaftsverfassung mehr voraussetze als bloße Gewalt. Stößen die werktätigen Arbeiter und die landwirtschaftlichen Arbeiter zum industriellen Proletariat, dann sei das klassenbewusste Proletariat in jedem Industriestaat die Mehrheit des Volkes; dann könne es mit den Mitteln der Demokratie die Macht erobern und ausüben. Sei das noch nicht der Fall, dann seien die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen des sozialistischen Aufbaues noch nicht erfüllt.

Zum Schluß seiner Schrift befaßt sich Bauer mit der Frage, welche Formen die Diktatur des Proletariats dort annehmen müssen, wo es bereits die gesetzgebenden Körperschaften der Demokratie erobert habe. Sie werde hier nicht mehr als ein vorübergehendes Mittel zur Eroberung, Sicherung oder Befestigung der Demokratie sein können. Die Diktatur könne hier nur den Boden sichern und befestigen, auf dem die ökonomische Aufgabe des Sozialismus in jahrzehntelanger demokratischer Arbeit zu bewältigen sein werde.

Soweit sich Bauer mit dem Wesen der Demokratie und der Diktatur des Proletariats beschäftigt, kann man seinen Ausführungen nicht in allen Punkten zustimmen. Er überschätzt die Bedeutung der Demokratie in den kapitalistischen Ländern, er übersieht auch, daß die Bourgeoisie in ihnen selbst dann nicht auf ihr Vorrecht freiwillig verzichten wird, wenn das Proletariat die Mehrheit in den Parlamenten erobert hat. Das Aktionsprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratie fordert aus dieser Erkenntnis den Ausbau des Ratesystems und ihre Schulung für die Diktatur des Proletariats, die erst dem Widerstand der Bourgeoisie gegen die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschafts-anarchie in die planmäßige sozialistische Wirtschaft wirksam begegnen kann. Die Diktatur des Proletariats, sagt unser Aktionsprogramm darüber, ist ein revolutionäres Mittel zur Befreiung aller Klassen und Aufhebung jeder Klassenherrschaft, zur Erringung der sozialistischen Demokratie. Mit der Sicherung der sozialistischen Gesellschaft hört die Diktatur des Proletariats auf und die sozialistische Demokratie kommt zur völligen Entfaltung.

Abgesehen von unserer abweichenden Stellung zu diesen Fragen kann man aber doch feststellen, daß die neue Schrift von Otto Bauer eine der wertvollsten Erscheinungen der marxistischen Literatur aus der letzten Zeit ist. Das macht, weil sie nicht von Glaubensbekenntnissen ausgeht, und danach sich die Anschauungen formt, sondern von dem sicheren Boden der materialistischen Gesellschaftsauffassung aus die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse untersucht und von hier aus zu den Ergebnissen zu gelangen sucht.

Anstand wegen des Steuerabzuges. Dienstag morgen trat die ganze Belegschaft der Zeche Diezgard wegen des Steuerabzuges in den Ausstand. Im Laufe des Nachmittags folgten Verhandlungen zwischen der Verwaltung und dem Betriebsrat der Zeche statfinden.

Der Sowjetvertreter für Dänemark, Tschischerin beabsichtigt, Kretsch als Sowjetvertreter nach Kopenhagen zu entsenden.

# Kommunistische Partei und proletarische Revolution

Das Weltproletariat steht vor entscheidenden Kämpfen. Die Epoche, in der wir jetzt leben, ist die Epoche der direkten Bürgerkriege. Die entscheidende Stunde naht. Fast in allen Ländern, wo es eine bedeutende Arbeiterbewegung gibt, steht die Arbeiterklasse vor einer Reihe erbitterter Kämpfe mit der Waffe in der Hand. Mehr als jemals braucht die Arbeiterklasse straffe Organisation. Unermüdlich muß sich jetzt die Arbeiterklasse für diese Kämpfe vorbereiten, ohne eine einzige Stunde der kostbaren Zeit zu verjümen.

Hätte die Arbeiterklasse während der Pariser Kommune (1871) eine straffe, wenn auch kleine kommunistische Partei gehabt, so würde der erste heroische Aufstand der französischen Proletariat viel stärker ausgefallen sein und viele Zerstörer und Schwächen hätten vermieden werden können. Die Kämpfe, die dem Proletariat jetzt in einer anderen historischen Situation bevorstehen, werden viel schicksalsschwerer sein, als im Jahre 1871.

Der zweite Weltkongreß der kommunistischen Internationale macht daher die revolutionäre Arbeiterschaft der ganzen Welt auf folgendes aufmerksam:

1. Die kommunistische Partei ist ein Teil der Arbeiterklasse, und zwar der vorgeschrittenste, klassenbewussteste und daher revolutionärste. Die kommunistische Partei wird auf dem Wege der natürlichen Auslese der besten, klassenbewußtesten, selbstlosopfernden, weitsichtigsten Arbeiter geschaffen. Die kommunistische Partei hat keine von den Interessen der gesamten Arbeiterklasse abweichenden Interessen. Die kommunistische Partei unterscheidet sich von der gesamten Arbeiterklasse dadurch, daß sie eine Ueberlicht über den ganzen historischen Weg der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit hat und bestrebt ist, auf allen Bezügen dieses Weges nicht die Interessen einzelner Gruppen oder einzelner Bezüge zu verteidigen, sondern die Interessen der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit. Die kommunistische Partei ist der organisatorisch-politische Hebel, mit dessen Hilfe der vorgeschrittenste Teil der Arbeiterklasse die gesamte Masse des Proletariats und des Halbproletariats auf den richtigen Weg lenkt.

2. Bis zu der Zeit, wo die Staatsmacht vom Proletariat erobert worden ist und das Proletariat seine Herrschaft ein für allemal gesichert und vor bürgerlicher Restauration garantiert hat, — bis dahin wird die kommunistische Partei in ihren organisierten Reihen nur die Minderheit der Arbeiter haben. Bis zur Eroberung der Macht und in der Uebergangszeit vermag die kommunistische Partei unter günstigen Umständen einen ungeteilten geistigen und politischen Einfluß auf alle proletarischen und halbproletarischen Schichten der Bevölkerung auszuüben, vermag aber nicht, sie in ihren Reihen organisatorisch zu vereinen. Erst nachdem die proletarische Diktatur so mächtige Einflußmittel, wie die Presse, die Schule, das Parlament, die Kirche, den Verwaltungsapparat usw. der Bourgeoisie aus den Händen gewonnen haben wird, erst nachdem die endgültige Niederlage der bürgerlichen Ordnung für alle klar wird, — erst dann werden alle oder fast alle Arbeiter beginnen, in die Reihen der kommunistischen Partei einzutreten.

3. Die Begriffe Partei und Klasse müssen strengstens auseinander gehalten werden. Die Mitglieder der „christlichen“ und liberalen Gewerkschaften Deutschlands, Englands und anderer Länder sind zweifellos Teile der Arbeiterklasse. Die noch hinter Scheidemann, Compers und Konjonten stehenden mehr oder minder bedeutenden Arbeiterkreise sind zweifellos Teile der Arbeiterklasse. Unter gewissen historischen Verhältnissen ist es sehr wohl möglich, daß die Arbeiterklasse von sehr zahlreichen reaktionären Schichten durchschossen ist. Die Aufgabe des Kommunismus besteht nicht in der Anpassung an diese zurückgebliebenen Teile der Arbeiterklasse, sondern darin, die gesamte Arbeiterklasse bis zum Niveau seines kommunistischen Vortrupps zu heben. Die Verweigerung dieser zwei Begriffe — Partei und Klasse — kann zu den größten Fehlern und zur Konfusion führen. So ist es z. B. klar, daß trotz der Stimmungen und den Vorurteilen eines gewissen Teiles der Arbeiterklasse während des imperialistischen Krieges die Arbeiterpartei um jeden Preis diesen Stimmungen und Vorurteilen entgegenzutreten hatte, indem sie die historischen Interessen des Proletariats verteidigte, die forderten, daß die proletarische Partei Krieg dem Kriege erklären sollte.

So beriefen sich z. B. bei Beginn des imperialistischen Krieges im Jahre 1914 die Parteien der Sozialdemokratie aller Länder, indem sie die Bourgeoisie ihres „eigenen“ Landes unterstützten, konsequent auf den entsprechend lautenden Willen der Arbeiterklasse. Sie vergaßen dabei, daß selbst, wenn es so wäre, es die Aufgabe der proletarischen Partei bei solcher Lage der Dinge sein müßte, den Stimmungen der Mehrheit der Arbeiter entgegenzutreten und trotz alledem die historischen Interessen des Proletariats zu vertreten. So verwarfen zu Beginn des 20. Jahrhunderts die russischen Menschewitsch jener Zeit (die sog. Delonmisten) den offenen politischen Kampf gegen den Zarismus mit der Begründung, die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit sei zum Verständnis des politischen Kampfes noch nicht reif geworden. So berufen sich immer die rechten Unabhängigen Deutschlands in allen ihren Halbheiten darauf, daß die „Massen das wünschen“, — ohne zu verstehen, daß die Partei dazu da ist, um den Massen voranzugehen und ihnen den Weg zu zeigen.

4. Die kommunistische Internationale hält beharrlich an der Ueberzeugung fest, daß der Zusammenbruch der alten „sozialdemokratischen“ Parteien der 2. Internationale unter keinen Umständen als Zusammenbruch des proletarischen Parteiwesens überhaupt dargestellt werden darf. Die Epoche des direkten Kampfes um die Diktatur des Proletariats bringt eine neue Partei des Proletariats zur Welt: — die kommunistische Partei.

5. Die kommunistische Internationale vertritt auf das entschiedenste die Ansicht, als könne das Proletariat seine Revolution vollziehen, ohne eine selbständige politische Partei zu haben. Ein jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf. Das Ziel dieses Kampfes, der sich unweidlich in einen Bürgerkrieg verwandelt, ist die Eroberung der politischen Macht. Indessen kann die politische Macht nicht anders ergriffen, organisiert und geleitet werden, wie durch irgendeine politische Partei. Nur in dem Fall, wenn das Proletariat als Führer eine organisierte und exprobierte Partei mit streng ausgeprägten Zielen und mit handgreiflich angestrebtem Programm der nächsten Maßnahmen sowohl auf dem Gebiet der innern, wie auch der auswärtigen Politik hat, wird die Eroberung der politischen Macht nicht als zufällige Episode erscheinen, sondern sie wird als Ausgangspunkt dienen zu einem dauernden kommunistischen Aufbau der Gesellschaft durch das Proletariat.

Derselbe Klassenkampf erfordert gleichfalls die zentrale Zusammenfassung und die gemeinsame Leitung der verschiedenartigen Formen der proletarischen Bewegung (Gewerkschaften, Konsumvereine, Betriebsräte, Bildungsarbeit, Wahlen und bezgl.).

Ein detariertes zusammenfassendes und leitendes Zentrum vermag nur eine politische Partei zu sein. Der Bericht, eine solche zu schaffen und zu stärken, ist einer solchen unterzuordnen, bedeutet einen Bericht auf die Einheitsfront in der Führung der einzelnen Kampftrupps des Proletariats, die auf den verschiedenen Kampfplätzen vorgehen. Der Klassenkampf des Proletariats erfordert eine konzentrierte Agitation, welche die verschiedenen Stadien des Kampfes von einem einheitlichen Standpunkt beleuchtet und die Aufmerksamkeit des Proletariats in jedem betreffenden Augenblick auf bestimmte, der gesamten Klasse gemeinsame Aufgaben lenkt. Das kann ohne einen zentralisierten politischen Apparat, d. h. außerhalb einer politischen Partei, nicht durchgeführt werden.

Die von den revolutionären Sozialisten und den Anhängern der Industriearbeiter der Welt (S. W. W.) betriebene Propaganda gegen die Notwendigkeit einer selbständigen Arbeiterpartei trägt daher nämlich nur zur Unterminierung der Bourgeoisie und der gegenrevolutionären „Sozialdemokraten“ bei. In ihrer Propaganda gegen eine kommunistische Partei, die sie ausschließlich durch Gewerkschaften oder irgendwelche formlose „allgemeine“ Arbeiterunionsen ersetzen wollen, berühren sich die Sozialisten und Industriearbeiter mit unerschütterlichen Opportunisten.

(Fortsetzung folgt.)



Wir geben vom 28. August bis 4. September

**Doppelte Rabatt-Marken**

Sämtliche Zutaten für Ullstein-Schnittmuster zu haben.

Wenige Artikel ausgeschlossen



**Theater und Vergnügungen**

**Volkstheater**

7 1/2 Uhr: **Ziegeunerliebe**

Großes Schauspielhaus

7 1/2 Uhr: **Neues Operettenhaus**

8 Uhr: **Deutsches Theater**

8 Uhr: **Leistungstheater**

8 Uhr: **Die Tänzerin**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

8 Uhr: **Ullstein-Theater**

**Möbel**

Beiser  
Vöhringer Straße 67.

**J.F. Rauch**

Derby-Cognac

**Trauringe**

Dufatengold 900 gef. 14 Kar. Gold 585 gef.

**Einkauf von**

- Gold, Silber, Brillanten, Platin

**MINOGA**

Berlin D., Götter Weg 69

**Alte Gebisse**

Einzelne Platinstiftzähne

**Platin-Brennstifte**

Kontakte nym

**Gold- u. Silberbruch**

sowie Gegenstände

**J. Herz**

Fahrerlinier Str. 52

**Kupfer Rotguss**

Messing, Zinn, Quecksilber

**Metalle**

Kupfer, Rotguss, Zinn

**Zinn rein 35**

Quecksilber, Gold, Silber

**Acht! Brautleute!**

Ein Dukaten-Trauring

**Lötzinn**

Zinn, Silber, Kupfer

**Zinn**

Altblei

**Metall-Osten**

Kupfer, Messing, Zinn

**Kupfer 12.50**

Messing, Zinn

**Die 20-Pf.-Zigarette ohne Mundstück**

M. Fierer, Großhandlung, Ritterstraße 34.

**Münzen :: Briefmarken**

kauft Großmann, Johannisstr. 4.

**RATZLAFF u. ZIMMER**

Linienstraße 93. Fernsprecher: Norden 5612

**Trauringe**

Alexanderstr. 14a, Kottbuser

**Spezial-Arzt**

Dr. Skotte für Geschlechts, Haut, Gynäk.

**Spezial-Behandlung**

Dr. Skotte für Geschlechts, Haut, Gynäk.

**Lisa Heinsen, Dentistin**

Neukölln, Hasenheide 119

**Kupfer M. 13.25**

Messing, Zinn, Kupfer

**Armeeepistolen**

Sturkhein, Linienstraße 50.

**Kupfer, Rotguss, Messing, Blei**

Hoffmann, Falkensteinstr. 22.

**„Die Kommunistische Internationale“**

Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

**Kupfer p. kg 13.00**

Rotguss, Messing, Zinn

**Kupfer 13**

Messing, Zinn

**Freie Welt**

Hefi 32 Aktuelle und nicht-aktuelle Bilder

**Metall-Osten**

Kupfer, Messing, Zinn

**Kupfer 12.50**

Messing, Zinn

**Deutscher Metallarbeiter-Verein**

Verwaltungsstelle Berlin

**Todes-Anzeige**

Der Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder

**Erna May**

Die Beerdigung findet am Freitag, den 27. d. Mts.

**Gustav Haufschild**

Die Beerdigung findet am Samstag, den 28. d. Mts.

**Nachruf**

Ferner sind verstorben: Der Schüler Richard Kuke

**Deutscher Metallarbeiter-Verein**

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83

**Achtung! Kurjusteilnehmer**

Die Fortsetzung der unterbrochenen Kurse

**Achtung! Silberpolierer**

Am Sonntag, den 28. August 1920, vorm. 10 Uhr

**Zusammenkunft**

Der Vorstand des Arbeiterbundes

**Öffentliche Versammlung**

Polnische Arbeiter!

**Höchstpreise**

für alle Zahngebisse

**Garantierfirmen**

Fahrradankauf

**Das Reichs-Einkommensteuer-Gesetz**

enthält Steuerbefreiung

**Das Reichs-Einkommensteuer-Gesetz**

enthält Steuerbefreiung

**Das Reichs-Einkommensteuer-Gesetz**

enthält Steuerbefreiung

**Das Reichs-Einkommensteuer-Gesetz**

enthält Steuerbefreiung

**Das Reichs-Einkommensteuer-Gesetz**

enthält Steuerbefreiung

Variete-Garten  
Feuerwerk

DER MORD  
Karl Liebknecht  
Rosa Luxemburg

Metalle  
Kupfer, Rotguss, Zinn

Freie Welt  
USPD  
Hefi 32

Reichs-Einkommensteuer-Gesetz  
Das Reichs-Einkommensteuer-Gesetz



# Rüftet zum internationalen Jugendtag!

Am Sonntag, den 5. September findet der Internationale Jugendtag statt. Die sozialistische Jugend aller Länder wird in diesem Tage einmütig den gemeinsamen Willen bekunden, am Aufbau einer neuen Welt mitzuwirken. Das Bekenntnis der Jugend zum völkerverbindenden Sozialismus gilt es über die nationalen Grenzen hinaus zu erneuern. Für uns Jungen ist dies eine Frage des Seins oder Nichtseins. Wir wollen nicht mehr länger unter der kapitalistischen Zwangsgewalt leben. Internationale Solidarität bekunden wir am 5. September der arbeitenden Jugend der ganzen Welt. Nur ein Gedanke und eine Seele soll uns an diesem Tage beherrschen. Wir fühlen uns als ein Teil einer großen, mächtigen Gemeinschaft. Und nur im gemeinsamen Ringen und Kämpfen wird das Neue, Große, die sozialistische Gesellschaftsordnung entstehen. Wir Burichen und Mädels wollen am internationalen Jugendtag nicht zurückstehen hinter anderen Organisationen. Wir wollen beweisen, daß wir international fühlen und denken, und wenn es not tut, auch gewillt sind, international zu handeln. Deshalb wollen wir am Jugendtag nicht ausschließlich spielen und lustig sein. Kein unserer Kampftag begeben wir würdiger. Große Demonstrationen, Versammlungen und Demonstrationen sollen stattfinden. Wir wollen auch den erwachsenen Arbeitern Verständnis für das Kampftage des Jugendproletariats abringen. Wenn wir an diesem Tage auch spielen sollten, so wird es nur geschehen, um zu zeigen, daß wir auch bei entschlossenem Kampfwillen noch jung bleiben.

An unserem internationalen Kampftage wollen wir alle kleinen und großen und sich aus den entwicklungsgeschichtlichen Verhältnissen unseres Landes ergebenden organisatorischen Schwierigkeiten zurückerstellen. Das große gemeinsame Ziel schien es uns wert. Die Zentrale der Sozialistischen Proletarierjugend trat deshalb in Verhandlungen mit der Zentrale der Freien Sozialistischen (kommunistischen) Jugend, um in Deutschland den Internationalen Jugendtag gemeinsam zu begehen. Wir forderten als Bedingung nur, daß bei allen Demonstrationen und Versammlungen Vertreter von beiden Organisationen sprechen sollten. Die gesamten Vorarbeiten sollten von einer paritätisch zusammengesetzten Kommission durchgeführt werden. Wir glaubten unsere Organisation stark genug zu diesem Vorschlag und stellten alle organisatorischen Schwierigkeiten in den Hintergrund. Die gemeinsame Sache galt uns mehr.

Wir irren, wenn wir das gleiche von der Freien Sozialistischen Jugend annehmen. Dort steht die Organisation höher als die Sache. Die gemeinsame Durchführung des Internationalen Jugendtages scheitert in Deutschland an dem hartnäckigen Standpunkt der Zentrale der Freien Sozialistischen Jugend, keinen Vertreter der Sozialistischen Proletarierjugend zuzulassen. Darauf einzugehen, das würde eine Verleugnung und Nichtanerkennung unserer Organisation bedeuten. Wir lehnen die Verantwortung ab, daß in Deutschland der Internationale Jugendtag gescheitert und in seiner demonstrativen Wirkung beeinträchtigt wird. Das Exekutivkomitee der Jugendinternationale — dem wir, ohne unsere Schuld, noch nicht angehören — begründete unseren Beschluß. Der Freien Sozialistischen Jugend stehen wir auf ihre Organisation höher. Wenn nun unsere Gegner das für uns traurige Schauspiel erleben, daß sich auf dem Jugendtag die beiden revolutionären deutschen Jugendorganisationen rivalisierend gegenübersehen, die ganze Schwere der Verantwortung trifft die Freie Sozialistische Jugend.

Wir rufen alle unsere Genossinnen und Genossen auf, unverzüglich die Vorarbeiten zur Durchführung des Jugendtages zu treffen. Wenn sich nicht in jedem Orte eine Demonstrationveranstaltung treffen läßt, empfiehlt sich ihre Abhaltung freizeitmäßig. Es sind sofort Kommissionen zu bilden, die die Durchführung vorbereiten. Die Zentrale hat zur Unterstützung der Agitation die vorliegende Sondernummer der Proletarierjugend hergesteuert. Ferner gibt sie ein großes Plakat und Propaganda-Poster heraus. Dieses Material muß schon vor dem Jugendtag verteilt werden. Aber auch zum Jugendtag selbst ist der Vertrieb recht lebhaft zu organisieren. Die letzte Woche vor dem Jugendtag ist eine Agitationswoche und muß zu ganz intensiver Arbeit benutzt werden. Flugblätter und Kummern der Proletarierjugend sind bei der Zentrale noch zu haben. Die internationale Sondernummer ist in erhöhter Auflage hergesteuert worden und kostet 1 Mark. Auch die Kampffondsmarken gilt es lebhaft zu vertreiben.

Nun, Jugendgenossinnen und -genossen, geht unverzüglich an die Arbeit. Laßt euch die Mühe nicht verdrießen. Wenn uns auch die Jugendinternationale abgelehnt hat, so wollen wir doch durch die Tat unsere internationale Gesinnung beweisen.

Nicht überrevolutionäres Kraftmetertum geizt sich für uns. Wir wollen es an Draufgängerum gewiß nicht fehlen lassen, aber wir müssen auch die Grenzen unserer jugendlichen Kraft kennen.

# Um den neuen Magistrat

## Die Stellungnahme der Stadtverordneten

Eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadtgemeinde Berlin nahm gestern die Berichte der beiden eingesetzten Ausschüsse entgegen. Der Ausschuß für die Wahlprüfung hat, wie wir bereits mitgeteilt haben, die von den Wahlvorständen für ungültig erklärten 4081 Stimmen für gültig erklärt. Er hat die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen auf 164922 und den Wahlquotienten auf 733 festgestellt. Die Folge dieses Beschlusses ist, daß aus dem Kreiswahlvorschlag 9 der Sozialdemokratischen Partei ein Mandat zu streichen und ein Mandat dem Stadtwahlvorschlag derselben Partei zuzurechnen ist. Bei dem Stadtwahlvorschlag der Unabhängigen Partei kommt ein Mandat in Fortfall, dafür bei dem Stadtwahlvorschlag der Deutschen Volkspartei ein solches in Zugang. Ferner hat der Ausschuß die auf den Stadtwahlvorschlag gewählten Stadtverordneten nach ihrem Wohnsitz den betreffenden Bezirksversammlungen mit einigen Ausnahmen zugewiesen. Die Versammlung stimmte den Anträgen zu.

Eine umfangreiche Debatte entwickelte sich über den Bericht des Ausschusses der Vorbereitung der Wahl der Magistratsmitglieder. Dieser Ausschuß schlug vor, den Magistrat aus 30 Mitgliedern zusammenzusetzen, die sämtlich besoldet sein sollten. Die Fachbezirke sollen bestehen neben einem ersten und zweiten Bürgermeister und einem Kammerer, aus einem Syndikus, vier fachtechnischen Beiräten, einem Nebdirigenten, einem Schulrat. Gegen diese Vorschläge des Ausschusses ließen die bürgerlichen Parteien Sturm. Ihre Redner, die Stadtverordneten Werten (Demokrat), Schneider (Deutsche Volkspartei), Neumann (Deutschnational), Langerich (Zentrums- und Rother (Wirtschaftliche Vereinigung) betonten zunächst, daß es gesetzlich unzulässig sei, den Magistrat nur aus besoldeten Mitgliedern zusammenzusetzen. Das Gesetz spreche von der Verteilung der unbesoldeten Ämter durch die Stadtverordnetenversammlung. Auch die Entstehungsgeschichte des Gesetzes weise auf die Wahl von unbesoldeten Mitgliedern hin. Aber abgesehen davon, sei das ehrenamtliche Element eine Notwendigkeit in der städtischen Verwaltung. Heute könnten auch Arbeiter diese Stellen ausüben. Durch die ehrenamtliche Tätigkeit der Bürgerschaft seien die Gemeinden erst zur Blüte gelangt. Demgegenüber betonte der Stadtverordnete Freund (Unabhängiger Sozialdemokrat), daß diese Einwände nicht zuträfen. Die Entstehung des Gesetzes wie das Gesetz selbst, gäben der Stadtverordnetenversammlung die Möglichkeit, nur besoldete Mitglieder in den Magistrat zu wählen, wenn das für notwendig gehalten würde. Bei der Entlohnung der Gemeinden liege diese Notwendigkeit aber vor. Müßen die Magistratsmitglieder sich wohl betätigen, so müssen sie dafür auch Besoldung beziehen.

Der Redner der Rechtssozialisten (Stadt. Bermuth) unterließ die Ausführungen Freund mit kräftigen Worten und legte den bürgerlichen Parteien, daß sie schuld daran seien, wenn in Groß-Berlin eine sozialdemokratische Mehrheit auf den Trümmern aufbauen müße, die sie geschaffen, und dadurch die Kulturfragen nicht so berücksichtigen könne, wie das sonst notwendig wäre.

Die weiteren Auseinandersetzungen bezogen sich auf Vermehrung der Fachbezirke, Gehaltsfestsetzung und Ausdehnung der Stellen. Bei der Abstimmung wurden die Anträge des Ausschusses, den Magistrat aus 30 besoldeten Mitgliedern bestehen zu lassen, gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Abgelehnt wurden die Anträge der Deutschnationalen, die Fachbezirke um einen Fortrat und ein landwirtschaftliches Magistratsmitglied zu vermehren. Ebenso fielen die Anträge, drei bzw. zwei Schulräte zu bestimmen. Abgelehnt wurde auch ein Antrag auf Ausdehnung.

Zur Gehaltsfrage lagen Anträge der Unabhängigen Fraktion vor, das Gehalt des Bürgermeisters von 30 000 M. anfangen zu lassen mit einem Teuerungszuschlag von 25 Prozent, ferner das Anfangsgehalt der Stadträte außer den Hauptstadträten auf 20 000 M. festzusetzen mit einem Teuerungszuschlag von 25 Prozent. Bei der Abstimmung stimmten die bürgerlichen Mi-

nur dann sind wir zu erfolgreichem Taten imstande. Der Internationale Jugendtag sei uns gleichzeitig ein Tag des Erkennens, wieviel wir noch zu leisten und aufzuklären haben. Dann gehen wir unseren Weg stetig: Unser die Welt trotz alledem. Zentrale der Sozialistischen Proletarierjugend Deutschlands.

Anmerkung der Redaktion: Die in dem vorstehenden Aufsatz erwähnte Nichtverständigung zwischen Freier Sozialistischer Jugend und Sozialistischer Proletarierjugend trifft auf Groß-Berlin nicht zu; hier ist es unter den beiderseitigen Vorständen zu einer Verständigung gekommen, so daß der Internationale Jugendtag in Groß-Berlin von der Freien Sozialistischen Jugend und der Sozialistischen Proletarierjugend gemeinsam begangen

gliebet für die Anträge unsere Fraktion, worauf diese zur Annahme gelangten. Diese Abstimmung war aber keine ernsthafte, sie sollte nur den Zweck haben, die bisher getroffene Verständigung mit den Rechtssozialisten zu zerbrechen. Denn die Rechtssozialisten waren für die Anträge nicht zu haben. Nach Annahme dieser Anträge beantragten die bürgerlichen Parteien selber die Übernahme einer zweiten Besetzung, die aber der vorgerückten Stunde wegen nicht mehr erfolgen konnte. In einer in Kürze einzubertrenden zweiten Versammlung muß deshalb die Gehaltsfrage endgültig entschieden werden.

## Die Stellungnahme der Parteifunktionäre

Am Mittwoch fand in den Prachtzügen Alt-Berlin in der Blumenstraße, eine Verbandsgeneralsammlung der U. S. P. D. Groß-Berlin statt, an der sich jedoch nur die Delegierten beteiligten, die zum Kommunal-Wahlbezirk Groß-Berlin gehören. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, die Wahlen zum neuen Berliner Magistrat, gab Genosse Dr. Wehl einen Bericht. Er betonte, daß nach dem Ergebnis der Wahlen zum Stadtparlament, bei denen wir von 225 Sitzen 88 erhalten haben, es sich notwendig macht, daß wir die uns zustehenden Stellen im neuen Berliner Magistrat besetzen. Er schilderte dann in ausführlicher Weise den Verlauf der Verhandlungen, die unsere Fraktionsvertreter mit den Vertretern der S. P. D. geführt haben. Nach den getroffenen Vereinbarungen stehen unserer Partei 12 bis 13 Dezerate im neuen Magistrat zu. Nach ausführlicher Darlegung der Verhältnisse empfahl Genosse Wehl diese uns zustehenden Magistratsstellen zu besetzen, damit unsere Vertreter auch innerhalb des Magistrats für die wertvolle Bevölkerung Groß-Berlins nutzbringende Arbeit leisten können.

In der sehr lebhaften Diskussion stellten sich viele Redner auf den Standpunkt, daß unsere Partei gemeinsam mit den Rechtssozialisten einen rein sozialistischen Magistrat bilden müsse. Wenn die Rechtssozialisten dies ablehnen, dann solle die Definitivität darüber unterrichtet werden. Die bürgerlichen Parteien hätten sich nicht scheut, solange sie die Mehrheit im Stadtparlament hätten, den Magistrat allein zu besetzen. Alle Redner sprachen sich für eine Beteiligung unserer Partei bei der Besetzung der Magistratsstellen aus. So wurde ein Antrag Stahlberg, der die Nichtbeteiligung verlangte, da ein Zusammengehen mit den Bürgerlichen gegen unser Parteiprogramm verstoße, gegen drei Stimmen abgelehnt. Gleichfalls wurde ein Antrag gegen wenige Stimmen abgelehnt, daß wir sofort den Posten des Oberbürgermeisters besetzen. Damit ist unsere Stadtverordnetenfraktion verpflichtet worden, für die Kandidatur des Oberbürgermeisters Bermuth einzutreten. Der Vorschlag des Genossen Wehl, daß wir uns an der Bildung des Magistrats nach den mit den Rechtssozialisten getroffenen Vereinbarungen beteiligen sollen, wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Angenommen wurde auch ein Antrag, daß die Stadträte dieselben Bedingungen zu erfüllen haben wie die Stadtverordneten.

Die Generalsammlung nahm den Antrag der Stadtverordnetenfraktion, daß das Jahresgehalt der Stadträte auf 20 000 M. plus 25 Prozent Teuerungszulage festzusetzen sei, an. Sollten die bürgerlichen Parteien mit den Rechtssozialisten ein höheres Gehalt beschließen, so sind unsere Genossen verpflichtet, das Mehrgehalt an die Parteikasse abzuführen. Das gleiche trifft für die Hauptstadträte, sowie die Genossen, die in der Verwaltung tätig sind, zu. Für den zweiten Bürgermeister soll die Fraktion ein Jahresgehalt von 20 000 M. plus 25 Prozent Teuerungszulage beantragen.

Die von der Stadtverordnetenfraktion vorgeschlagenen Stadtratskandidaten wurden einer Abstimmung unterzogen.

Von 476 abgegebenen gültigen Stimmen erhielten: Gabel 439, Schünung 424, Feld 421, Frau Dr. Wehl 411, Emonts 411, Radtke 397, Dinke 395, Eichhorn 341, Rante 298, Brühl 293, Stoll 275, Peters 270, Weise 267, Schwarzlose 265, Frau Berndt 219, Pfeifer 217, Unger 89, Bongrovich 40, Edoenstein 19, Scholz 1.

wird. Dies wird auf die Beteiligung einen guten Einfluß ausüben.

Aus dem Inhalt des Sonderheftes „Internationale Proletarierjugend“ (Heft 14 der „Proletarierjugend“) heben wir hervor: Die kommende Internationale (Martin Brauer), Vom Kosmopolitismus zur Internationale (Gg. Engelbert Graf), Vom kontinentalen Denken (Paul Böttcher), Internationale Probleme der sozialistischen Jugendbewegung (Hans Haackmad), Klassenbewußtsein und Arbeiterjugend (Paul Kiffau), Was lehrt uns die Geschichte der Internationale? (Otto Jossen).

Dieses Heft kann bezogen werden durch die Buchhandlungen, durch die Organisationen der Sozialistischen Proletarierjugend Deutschlands. Preis 1 Mark.

# Die schwere Stunde

Roman

von Victor Panin

„Ha-ha-ha! — lache ich plötzlich laut und hysterisch auf, — und ich machte mir die Illusion, meine Tochter zu kennen! — Ja gewiß, es dünkte mich, ich „großer Schriftsteller“, „Kenner des Menschenherzens“, wie man mich nennt, ich hätte jeden verborgenen Winkel der Seele meines Kindes studiert. — Ha-ha-ha! — und wieder lache ich, und es kommt mir so lächerlich vor, ich lache über meine Blindheit, über meinen eiteln, leeren Eigendünkel, ich lache über das Leben und die Menschen, die meine billige Nichtswürdigkeit zu einem Gente ausruhen konnten.“

Es geht jemand vorbei, und der eingefrorene Schnee knistert laut unter den schweren Schritten. Als der Vorübergehende uns bemerkt, bleibt er stehen, lauscht Nussas trunkelem Geschwätz und sagt halb böse, halb widerwillig:

„Ja... haben die sich angezogen, Teufel!...“ und wahrheitsgemäß meinen grauen Bart bemerkend, murmelt er im Vorübergehen noch weiter:

„Ein Greis, und doch läßt er sich noch mit Mädels ein.“ und dann höre ich, wie seine Scheltworte und seine Schritte in der Ferne verstummen.

Dieser Lärm erweckt mich aber wie aus einem schweren, schrecklichen Traume, mein Körper ist ganz erschöpft. Ich erhebe mich, fasse Nussia von hinten unter beide Arme und sage mit dumpfer Stimme:

„Nussia, komme mein Madel!“

Es ist so unerwartet, daß sie laut aufschreit, zusammenzuckt, und trunken beginnt, sich zu wehren.

„Ach, du Luder, wieder schon? ... Aber ich will nicht... Niederträchtig... ein niederträchtiger Kerl bist du, hörst du wohl? ... Lieber werde ich auf die Straße gehen, als mich dir zum Schimpfe hinzugeben.“

Ich sage:

„Nussia, mein Madel, so komme doch zu mir!“ und um sie zum Bewußtsein zu bringen, berühre ich ihre Stirn mit bebender Hand. Aber dies versteht sie scheinbar in völlige Wut. Aus aller Macht holt sie mit der rechten Hand aus und schlägt mich mit der Faust ins Gesicht. Ich fühle einen

starken Schmerz in der Nasengegend und schließe einen Augenblick, wie erblindet, die Augen. Sie versucht sich aus meinen Händen zu befreien, und sich wieder auf den Posten niederzusetzen. Ich fühle, wie eine warme Flüssigkeit aus meiner Nase längs dem Schnurrbart herabfließt und mir in den Mund tropft; ich fühle auch den eiligen Geruch flebrigen Blutes.

In der Dunkelheit tastend, suche ich nach der Hausglocke, und als nach einigen Minuten der Gute Mensch erscheint, führen wir beide, fast mit Kraftaufwand, Nussia hinauf in die Zimmer.

Olja kleidet sie aus, legt sie ins Bett, und indem ich ihr helfe, merke ich erst jetzt, daß Nussia schwanger ist. Aber das Vorgefallene tief betrübt, sagt Olja, die Augen schuldbeunruhigt sendend, als entschuldigte sie sich selbst sowohl, als Nussia: „Es ist ja schon der siebente Monat, sie hat es mir ja schon längst erzählt, merkst du es denn erst eben? Sie quält sich so, die Aermste, man müßte wahrlich Mitleid mit ihr haben.“

Den 3. Januar.

Es läutet in der Stube des Hausknechtes, und wir wissen selbst nicht, weshalb wir alle, die in dem eingeräucherten, halbdunklen Zimmer versammelt sind, zusammenzucken. Seit dem Augenblick, da Wowa das Bewußtsein verloren hat, sind wir gewöhnt, im Zimmer die größte Stille zu bewahren, unwillkürlich, ohne uns verabredet zu haben, sprechen wir alle im Flüßertone, bewegen uns auf den Zehenspitzen. Wenn jemand aus Versehen Lärm verursacht, so sehen wir uns alle unwillkürlich nach ihm um. Und weshalb auferlegt die Gegenwart des Todes den Menschen eine so andächtige Stille, — sollte es Furcht sein? —

Der Gute Mensch geht hinaus und kehrt lange nicht zurück, so daß ich denke, es habe ihn einer der anderen Einwohner zu irgend einer Arbeit gerufen. Mein Erkennen ist besonders groß, als er plötzlich eilig in die Stube tritt, mich von Wovas Bett, an dem ich ewig sitze, zu sich ruft, mir geheimnisvolle Zeichen macht, und dicht an mein Ohr geneigt flüstert, als sollte es die anwesende Olja nicht hören.

„Du, guter Mensch... reden will man mit dir... ah?... hörst du?... dort an der Pforte... Aber du mußt nicht... allzu... so... Sind denn nicht alle fündig?... ein Weib ist es ja... und eine Mutter... kann man denn das Herz forschneiden?... Geh nur, geh...“ — rüßt er mich, der ich

gar nichts verstehe, plötzlich auf den Hof, — „höre nur auf dein Gewissen, guter Mensch, alle sind wir Menschen, alle...“ ruft er mir noch nach, indem er die Türe hinter mir zuschließt.

An der inneren Seite der Pforte sehe ich meine Frau stehen; ungeschickt verdeckt sie die Hände in den Ärmeln, Gesenkten Hauptes blickt sie mich an. Sie ist noch wie früher, bid und locker, aber ich weiß nicht, ob es mir nur so scheint, oder es wirklich der Fall ist, — der schamlos-zornige Ausdruck ist von ihrem Gesichte verschwunden. Sie sieht einem geprägten, schuldbeunruhigten fühlenden Hunde ähnlich.

Es regt sich ihr gegenüber nicht die geringste Bosheit in meiner Seele, im Gegenteil, ich fühle Mitleid mit ihr. — Auch sie muß kein freudiges Leben haben, denke ich mir.

Ich trete zu ihr und mache eine Anstrengung, damit meine Stimme möglichst natürlich klinge, ich sage, ihr die Hand entgegenstreckend:

„Guten Tag, Mascha, weshalb stehst du denn hier?“

Sie fährt auf, zuckt zusammen.

„Ja?... Ich dachte, Sie...“ vor innerer Erregung bricht ihre Stimme plötzlich ab, an ihren Wangen beginnen einzelne Tränen herunter zu fließen, und nur mit Mühe stammelt sie weiter, „ich dachte... dachte, du würdest mich zu Wowa nicht zulassen...“

Erstaunt öffne ich die Hände:

„Aber was fällt dir ein, Gott mit dir!“ und sie in die Stube führend, denke ich mir: „Wie kann dem Menschen auch ein so unsinniger Gedanke kommen, man müßte ja ein Tier sein, um einer Mutter zu verbieten, ihren kranken Sohn zu sehen.“

Im halbdunklen Zimmer kann sie das Krankenlager nicht sofort sehen, ich fasse sie an der Hand und führe sie an Wovas Bett, der ganz rot, ausgestreckt daliegt, unruhig mit den Händen herumfuchelnd, in fortwährenden, ununterbrochenen Fieberphantasien.

Als meine Frau sich an das Halbdunkel gewöhnt hat, beugt sie sich über Wowa'sche, erfährt sein Händchen, küßt es und ruft mit bebender, leiser Stimme:

„Wowa!“ aber das Kind phantasiert immer weiter, ohne etwas zu verstehen. In der Stube tritt Stille ein, die von Zeit zu Zeit von Wovas Aufschreien und dem leisen unterdrückten Husten des Guten Menschen unterbrochen wird. Das zwischen leucht jemand kaum hörbar... ist es der Tod... oder Olja, die sich in eine entfernte, dunkle Ecke verkrochen hat? ...

(Fortsetzung folgt.)



# Gewerkschaftliches

## Der Schlichtungsausschuss will streiken.

Der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin, der durch seine Tätigkeit schon so manchen Streit verhütet hat, droht jetzt selbst in den Streik zu treten. Der Grund zu diesem Entschluss liegt in den Zuständen, unter denen der Schlichtungsausschuss gezwungen ist zu arbeiten. Die Sitzungen werden, da andere Räume nicht zur Verfügung gestellt werden, in Restaurationsräumen abgehalten, die vielfach nicht den geringsten Anforderungen entsprechen. In den Wintermonaten ist es dort meistens kalt, so daß sich die Besitzer Gesundheitschädigungen zuziehen. Ferner fehlen den Besitzern oftmals die wichtigsten Hilfsmittel wie juristische Werke und Gesetzbücher, so daß es kein Wunder ist, wenn manchmal Schiedsprüche zustandekommen, die in der Öffentlichkeit nicht verstanden werden.

Die 22er Kommission der Besitzer hat daher in ihrer letzten Sitzung sich mit dieser Angelegenheit befaßt und mit dem Hinweis darauf, daß wiederholte Beschwerden von den Regierungsstellen nicht beachtet worden sind, einstimmig erklärt, daß, wenn innerhalb einer Frist von drei Wochen die Raumfrage nicht geregelt sein sollte, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer ihre Tätigkeit nach dem 1. Oktober einstellen würden.

Diese Einstellung dürfte wohl genügen, um den unhaltbaren Zuständen, unter denen die Parteien ja ebenfalls zu leiden haben, ein Ende zu machen.

## Streik der Stickerarbeiter

Die Stickerarbeiterschaft Groß-Berlins hat den ihr von den Arbeitgebern aufgedrungenen Kampf aufgenommen und befindet sich seit gestern im Streik. — Die Forderung lautet: Anerkennung des Schiedsprüchens des Schlichtungsausschusses vom 23. Juni d. J. und Abschluß eines Tarifvertrages.

## Ächtung, Maler!

Mitglieder des Zentralverbandes, die einen Zusammenschluß der Opposition erstreben, werden gebeten, zu einer Besprechung am Sonnabend, den 28. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, im Lokal Wegner, Seidelstr. 30, zu erscheinen.

Kollegen, es gilt den Kampf gegen alle reaktionären Machenschaften innerhalb des Verbandes aufzunehmen und durchzuführen. Daß ein Personenwechsel noch lange keinen Systemwechsel bedeutet, haben wir zu unserem Leidwesen schon des öfteren erfahren müssen. Es liegt an uns, diesem Uebelstande abzuhelfen.

Nicht Intransparenz, sondern Aktivierung der Massen ist notwendig, um zum Siege zu gelangen.

Die Massen müssen drängen!

J. A. Rich. Blüthgen.

## Streik in der Hamburger Gummi-Fabrik Calmon

Seit jetzt zwei Wochen befinden sich die Gummiarbeiter der Firma Calmon, Hamburg, wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages der chemischen Industrie für den Bezirk Hamburg im Streik. Für alle Gummiarbeiter handelt es sich um eine Frage von prinzipieller Bedeutung; denn hinter Herrn Calmon steht der örtliche Arbeitgeberverband Hamburgs resp. der Syndikus desselben, denen es vor allem darauf ankommt, bestehende Verträge im für das Unternehmertum günstigen Moment illusorisch zu machen. In Berlin selbst dringt die Firma ihre Produkte — Auto- und Fahrradbereifung, Gummischuhe und Abfälle usw. — durch die Firma Gebr. Kupfer, Alexanderstraße 35, unter dem Namen Calmon u. Hansa in den Vertrieb.

Es werden alle Verbraucher, besonders Radfahrer und Chauffeurs, auf das arbeiterfeindliche Verhalten der Firma aufmerksam gemacht.

Von den Gummiarbeitern Deutschlands erwarten die Streikenden vollste Solidarität.

Verband der Fabrikarbeiter, Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Die im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Hilfsarbeiter, Transportarbeiter usw. nahmen in einer, in den Sophienhöfen stattgefundenen Versammlung Stellung zur Gründung einer eigenen Branche. Als Vertreter der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes führte Niethaus aus, daß die Hilfsarbeiter, die bisher eine besondere Vertretung innerhalb der Organisation noch nicht hatten, dadurch bis zu einem gewissen Grade ins Hintertreffen geraten seien. Die Verwaltung habe dem Antrag der Hilfsarbeiter stattgegeben und entsprechend dem Beschluß der Generalversammlung beschlossen, die Gründung einer Branche der Hilfsarbeiter vorzunehmen. In der Diskussion wurde von einer Reihe von Rednern beklagt, daß die gelehrten Kollegen den ungelerten gegenüber sehr oft die notwendige Solidarität vermissen lassen, und daß der Geist der Stechtragenproletarier auch noch vielfach in den Köpfen der gelehrten Kollegen spuke. Aufgabe der neuen Branche müsse es sein, hier für Besserung zu sorgen. Einmütig wurde in der Versammlung, daß die Gründung einer selbständigen Branche eine zwingende Notwendigkeit sei. Es wurde beschlossen, die Branchenleitung zunächst provisorisch zu wählen und in einer späteren Versammlung die Wahl endgültig vorzunehmen. Die Wahl der provisorischen Branchenleitung ergab folgendes Resultat: Branchenleiter Ernst Lange, Branchenkommissionsmitglieder: Max Horn, Franz Sange, Paul Brieferich, Albert Schütz, Fritz Boigt, Albert Girshott, Walter Kohn, Franz Jeymann, Willi Glöge, Hermann Peters, Paul Boder, Reinhold Schaffer, Max Schröder, Karl Hegemann. Der Versammlungsleiter wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß es nun an den Hilfsarbeitern liege, die neue Branche zu einem achtunggebietenden Faktor in der Berliner Arbeiterbewegung zu gestalten.

Steinjeher und Berufsgenossen! Tarifbezirk Groß-Berlin. Wegen der Lohnverhandlungen in unserem Gewerbe, findet unsere Sitzung nicht am Freitag, den 27. 8. 20 statt, sondern es treffen sich alle Betriebsräte, Betriebsobmänner, Vertrauensleute und Vorstandsmitglieder am Montag, den 30. August, abends 7 Uhr, Invalidenstr. 1, („Harmonie“). J. A. J. Sibura.

Pulverfabrik Spandau. Sämtliche Kollegen treffen sich Sonntag, vormittags 10 Uhr, in Haverlands Festsaal, Neue Friedrichstr. 35. Bericht über die Auszahlung.

# Groß-Berlin

## Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Heute, Freitag, abends 7 Uhr, Vollversammlung der Agitationskommission aller Orte und Distrikte in den Prachtställen Alt-Berlin, Blumenstraße 10. Vorträge des Genossen Krille: „Die Agitation auf dem Lande“, des Genossen Stein: „Agrarierfragen und Programm“.

## Wanzen als Tuberkuloseverbreiter

Der Lichtenberger Magistrat hat zwecks Ausführung von Wohnungswanzen durch die städtische Desinfektionsanstalt die Bereitstellung von Mitteln bei der Stadtvorordnetenversammlung beantragt. Aus der diesen Antrag begründenden Magistratsvorlage seien folgende Ausführungen wiedergegeben:

It in früheren Zeiten der Kampf gegen die Wanzenplage vom Sauberkeitsstandpunkt betrachtet worden und ihre Beseitigung eine private Angelegenheit gewesen, so hat jetzt nach der Vertiefung der Kenntnisse vom Wesen der Infektionskrankheiten eine andere Auffassung Boden gewonnen. Es ist eine wissenschaftlich feststehende Erkenntnis, daß eine Anzahl von ansteckenden Krankheiten durch den Biss von Insekten, die vorher das Blut erkrankter Personen aufgesogen haben, auf Gesunde übertragen werden können. Deswegen ist ihre tabuläre Vernichtung oder, wo das nicht möglich ist, die Einschränkung ihrer unheilvollen Tätigkeit eine Frage der öffentlichen Gesundheitspflege geworden. Aus diesem Grunde sind in jüngster Zeit mehrfach Anträge von der Polizei und der Lungenfürsorge auf Beseitigung verwanzter Wohnungen von dem Ungeziefer durch die Desinfektionsanstalt gestellt worden. Von dem Leiter der Lichtenberger Lungenfürsorge, Herrn Dr. Jechen, ist in einem eingehend begründeten Gutachten die Ansicht vertreten worden, daß die Wanzen hauptsächlich für die Verbreitung der Tuberkulose in Frage kommen. Der Tuberkelbazillus wird nicht allein durch die Auswurfstoffe der Lunge nach außen befördert und erzeugt bei gesunden Personen, die durch einen unglücklichen Zufall kleinste Teile in Tropfenform oder verdunsteter Gestalt einatmen, dieselbe Erkrankung, er kreist auch, wenn auch in geringeren Mengen, im Blutstrom und erzeugt hier giftige Zerlegungsprodukte. Die Wanze, die eine tuberkulöse erkrankte Person sticht, saugt das kranke Blut auf und kann es durch Biss eines gesunden Menschen auf diesen übertragen. Der Ansteckungsmodus ist ein ähnlicher wie bei der Blutergiftung. Ein harmlos erscheinender Riß oder Stich einer Wanze, die mit den mikroskopisch winzigen Keimen des spezifischen Ansteckungsstoffes verunreinigt ist, kann der Grund einer todbringenden Krankheit werden.

Unter diesen Umständen hat es das Lichtenberger Wohlfahrtsamt für seine Aufgabe gehalten, in Erwägungen darüber einzutreten, ob die Entwarnung verwanzter Wohnungen in den Pflichtkreis ihres Arbeitsgebietes aufzunehmen ist. Nach längeren Beratungen der Deputation, an denen sich die medizinischen Sachverständigen lebhaft beteiligt haben, ist diese Frage mit gewissen Beschränkungen bejaht worden. Am wünschenswertesten wäre es, wenn das Uebel an der Wurzel ergriffen würde und alle Wohnungen der Stadt, in denen Wanzen beobachtet worden sind, einer gründlichen Desinfektion unterzogen werden. Diese zielstrebige Maßnahme muß jedoch wegen der hohen Kosten, die mit ihr verbunden sind, unterbleiben. Es wird daher vorgeschlagen, daß auf Antrag von Inhabern verwanzter Wohnungen unter zwei Bedingungen die Desinfektion vorgenommen wird: 1. wenn von verwaltungsmedizinischem, d. h. sachmännlichem Standpunkt der Antrag geprüft und die Desinfektion angeordnet wird, 2. wenn in der Familie des Wohnungsinhabers eine ärztlich bescheinigte Desinfektionskrankheit vorliegt.

Weiter wird beantragt, daß, wenn den Wohnungsinhabern keine Schuld an der Verwanzung ihrer Wohnungen nachgewiesen werden kann, z. B. bei älteren Häusern oder bei dem Obwalten anderer Umstände, die unabhängig von ihrem Willen sind, der Hauseigentümer zur Uebernahme der Kosten herangezogen werden soll.

Bezirksverordnete — Stadtvorordnete des 3. Verwaltungsbezirks (Wedding). Fraktionsführung: Sonnabend, abends 7 Uhr, im Lokal Winteler, Wobisstraße 17. Die Obleute der kommunalen Kommission der in Frage kommenden Distrikte sind eingeladen.

Die Milchpreiserhöhung. Die gestern auch von uns gebrachte Mitteilung, daß eine neue wesentliche Erhöhung des Milchpreises von den Reichshöfen erhoben wird, trifft zu. Der Magistrat Berlin hat bereits in einer Eingabe an den Ernährungsminister entschieden hiergegen Einspruch erhoben und darauf hingewiesen, daß die Bevölkerung nicht in der Lage sei, die geplante Milchpreiserhöhung zu ertragen, daß eine weitere Erhöhung des Milchpreises, die einem großen Teil der Mütter den Ankauf unmöglich mache, unabsehbare Gefahren für die gesunde Entwicklung der Bevölkerung in sich birge, und daß auch alle Bestrebungen, einen Preisabbau einzuleiten,

durch eine Preissteigerung bei einem der wichtigsten Lebensmittel in Keime erstickt würden.

Kindertransport aus Dänemark. In der Donnerstags Nummer der „Freiheit“ wird mitgeteilt, daß ein Kindertransport aus Dänemark am 27. August, abends, am Steintiner Bahnhof eintrifft. Die Kinderkommission der Arbeiterkassen hat mit diesem Transport nichts zu tun, da seit Dezember 1919 noch kein Transport von der Wohlfahrtsstelle angeordnet ist. Demnächst.

Das nächste städtische Volkskonzert des Philharmonischen Vereins findet am kommenden Freitag in der Philharmonie, Hamburger Str. 22/23 statt. Beginn des Konzertes 8 Uhr. Eintrittspreis 1 Mk. Kassenöffnung 7 Uhr.

Die erste Generalversammlung der nunmehr bereits über 200 Haushaltungsvorstände umfassenden Ortsgruppe Neukölln des Mieterverbandes Groß-Berlin fand am Montag statt. R. K. selbst gab einen kurzen Überblick über das verfloßene Halbjahr und berichtete über die Tätigkeit des Verbandes und die ihm von den behördlichen Stellen gemachten Schwierigkeiten. Vor allen Dingen beleuchtete er die Folgen, die sich aus dem § 10 des H. V. ergeben. Er stimmte mit allen Diskussionsrednern darin völlig überein, daß der Zeitpunkt gekommen wäre, in dem sich die Mieterschaft geschlossen gegen die Vergewaltigung und Ausbeutung durch eine Minderheit von Hausbesitzern und Zinsnehigern in gewaltiger zentral durchgeführter Aktion zur Wehr setzen müsse, um endlich durch Erzwingung der Sozialisierung den unhaltbaren Zuständen auf dem Gebiete des Wohnungsweßens ein Ende zu machen. Beim Kassenbericht, den Erdmann und Müller gaben, konnte festgestellt werden, daß entgegen den Wünschen in der Tagespresse der Mieterverband mit den Beiträgen auf das sparsamste gewirtschaftet hatte. Dem Vorstände wurde Entlastung erteilt. Auf den Ausbau der Mieterpresse wurde großer Wert gelegt und wird auch in dieser Hinsicht den Wünschen der Rechnung getrauen werden.

Arbeiter-Jugendheim Norden, Brunnenstraße 57. Mittwoch, 1. September, Punter Abend, zu dem alle Genossen und Genossinnen sowie alle jugendlichen Proletarier eingeladen sind.

Jugendwehe — Schöneberg-Friedenau. Anmeldung nicht „Freiheit“-Expedition, sondern Goienstraße 40.

Vorübergehende Schließung des Kriegsärztesamts Neukölln. Zur Aufarbeitung von Rückständen bleiben die Geschäftsräume des städtischen Kriegsärztesamts Rathaus, 2 Treppen, Zimmer 24, 24A, 24B, 24C, 24D bis 24I, 215, 219 bis 221 vom Montag, den 30. August bis Donnerstag, den 2. September einschl. für den Publikumsverkehr geschlossen. Eine Abfertigung erfolgt nur zum Zweck der Erteilung von Kranken- oder Krankenhauseinweisungsscheinen oder zur Erledigung von Begräbnisfällen.

## Aus den Organisationen

- 4. Distrikt. Die für Sonnabend angeordnete Sitzung ist nicht eine Eltern-Versammlung, sondern eine Aufsichtssitzung.
- 6. Distrikt. Öffentliche Elternversammlung der Gemeindefschule Kognat Str. 10 heute abends 7 Uhr, in der Aula. Thema: Was sollen wir unsere Schulunkelnen Kinder lernen?
- 11. Distrikt. 7. Abteilung. Heute, abends 7 Uhr, Al. Kogolstr. 14, Punterabend.
- Charakterisierung. Sonnabend, 7 Uhr, Sitzung des kommunalen Arbeiterrates, Rathaus, Sitzungszimmer 1.
- Reinhardt-Club. Wie werden nochmals auf das am Sonntag, den 29., stattfindende Sommerfest mit seinem reichhaltigen Programm aufmerksam und bitten die Genossen, vollständig zu erscheinen. Eintritt 1 Mk.

## Bereinskalender

- Deutscher Arbeiter-Verband. Montag, 5 Uhr, bei Schulz, Ebneststr. 21, Betriebsratssitzung aller Branchen.
- Internationaler Bund. Section Kriegsgefangene. Mitglieder-Versammlung. Freitag, 7 Uhr, Schulze, Gipsstr. 24. Alle Kriegsgefangene sind eingeladen.
- Verband sozialistischer Arbeiter. Sonnabend, 18., abends 7 Uhr, Volkshaus, hinter der Gornitzstraße.
- Freie Sozialistische Proletarier-Jugend Neukölln. Sonnabend, Elternabend, im Jugendheim Kogolstr. 14. Alle Genossen und Genossinnen sind eingeladen.
- Reinhardt-Club. Wie werden nochmals auf das am Sonntag, den 29., stattfindende Sommerfest mit seinem reichhaltigen Programm aufmerksam und bitten die Genossen, vollständig zu erscheinen. Eintritt 1 Mk.
- Freie Sozialistische Proletarier-Jugend Neukölln. Sonnabend, Elternabend, im Jugendheim Kogolstr. 14. Alle Genossen und Genossinnen sind eingeladen.
- Reinhardt-Club. Wie werden nochmals auf das am Sonntag, den 29., stattfindende Sommerfest mit seinem reichhaltigen Programm aufmerksam und bitten die Genossen, vollständig zu erscheinen. Eintritt 1 Mk.

## Lebensmittelkalender

Regelmäßige Entnahme von Einmachgurken. Nach der Befestigung vom 17. August 1920, wird an die Einwohner Einmachgurken verteilt. Allen berechtigten Personen, welchen es nicht möglich war, die Entnahme bis zum 25. August zu bewerkstelligen, sei es, daß sie in Krankenhäusern oder verreist sind, wird bei Einmachgurken nachträglich geliefert werden. In diesem Zwecke ist die Nummer der Einmachgurkenkarte bei Ausgabe an solche Personen, welche aus dem Krankenhaus entlassen sind oder von der Reise zurückkehren, zu beifügen und mit dem Stempel „Kochanmeldung“ zu versehen. In der allgemeinen Verteilung des Einmachgurkens mit dem 7. September 1920 geschloßen wird, ist der Einmachgurken nach dieser Zeit nur noch in den Geschäftsbüros der Sozialversicherungsstellen von Kassen-Beauftragten und von Emil Tempelmann zu beziehen. Verteilungswelche nach dem 1. Oktober zurückbleiben, haben keinen Anspruch mehr auf den Auslassbesonder.

Bestow. 200 Gr. Osterfäden (20 und 40).

## Geschäftliches

Bereitschaft haben die Kleiderwerke Beer Sohn, Chausseestraße 29-30, zu ungewöhnlich billigen Preisen an. Es dürfte vielleicht nicht allgemein bekannt sein, daß die genannten Kleiderwerke auch amerikanischen Teilsystem eingerichtete Betriebswerkstätten unterhalten. Zur Verwendung gelangen nur erstprobte Stoffe und Zutaten.

Bestandteil für die Redaktion des „Freien Welt“, Berlin-Friedenau. Verantwortlich für den Inhalt: Ludwig Kaminer, Karlshof. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit“ Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Berlin Straße 59.

## Hühneraugen

Mohrhaut, Schwielen u. Wanzen beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos Kukirol 1000000fach bewährt Preis M. 3.— in Apotheken u. Drogerien erhältlich. Vorsicht vor Nachahmungen. Kukirol steht einzig da.

# Aufruf!

Angeichts der Tatsache, daß über den Westen immer wieder die Einfuhr großer Mengen Auslandsware, meist alte, verwiterte, ordinäre Verbrauchsgegenstände, förmlich erzwungen wird, bitten wir dringend, der Arbeitsnot in Deutschland zu gedenken und keine Auslandsfabrikate zu kaufen. Jede Mark dafür entzieht der deutschen Arbeiterkassen eine halbe Mark zu Brot und schädigt die deutsche Volkswirtschaft noch weit mehr. Ueberdies sind deutsche Fabrikate jederzeit besser und preiswerter, ausländische dagegen meist schalenhaltig, mithin nach deutschen Rechtsgrundsätzen verfallig.

## Die Arbeiterschaft des Reichardtwerks.

Reichardtfabrikate erhältlich in den Verkaufsstellen: Altkönigstr. 7, Reipalmer Str. 104, Brünnelstraße 30, Hofenstraße 43, Nollstraße 1, Spittelmarkt 14, Charu Lottensburg: Wilmersdorfer Str. 40/41, sowie in allen an Schülern und Wakenen gerichteten Geschäften. Auch direkter Verkauf ab Reichardtwerk Waudebek.

# Genossen! Abonniert die „Freie Welt“

# Herbstkleidung

<b>Gummi-Mäntel</b> <small>maugrau, herabgewinkt auf modifarben mit Gürtel</small> .. früher 700 jetzt M. <b>590</b>	<b>Jackell-Anzüge</b> <small>modern vorarr. in allen mögl. Farbenstellungen</small> früher 1200 jetzt M. <b>950</b>
<b>prima Dabelmäntel</b> ... früher 1450 jetzt M. <b>900</b>	früher 900 jetzt M. <b>650</b>
<b>Paletots</b> <small>marengo, sehr gut verarbeitet</small> früher 700, jetzt M. <b>535</b>	früher 1150 jetzt M. <b>790</b>
<b>Covercoats</b> <small>in den neuesten Fassons</small> früher 1000, jetzt M. <b>825</b>	<b>aus echt englischen Stoffen</b> früher 1950, jetzt M. <b>1250</b>
<b>Hosen</b> <small>geschmackvoll gestreift, herabgewinkt</small> 170, 200, 230, 290, 330 und M. <b>90</b>	<b>aus echt marengo</b> <small>Chav. herabg.</small> <b>575</b>
<b>Wollene Wäsche, Stutzen, Oberhemden, Kragen p. D. sehr billig!</b>	<b>Bozener Mäntel</b> <small>a. Impragn. Lod. stoff, herabg. auf</small> <b>390</b>

**Nur eine Verkaufsstelle** **BaerSohn** **Keine Filialen mehr**  
Nur Chaussee-Strasse 29-30 Nur

# Schauenster-Dekorateur

sofort gesucht.  
Messungen von 11—12 Uhr vormittags  
**Kaufhaus des Westens**  
G. m. b. H.  
Berlin W 50,  
Tauentzienstraße 21-24.